

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammlnummer: 25 241.
Für die Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimonatlicher Bezahlung jeweils bei einmonatlicher Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 1,40 Mk. monatlich 1,00 Mk. Die einmonatliche 27 mm breite Zeile 75 Pf. Bei Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, einseitige An- und Verkäufe 25 Pf. Vergütung für Zeitl. Auslieferung der Blätter gegen Vorauszahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Verantwortung und Hauptverlagsstelle:
Marianenstr. 35/40.
Druck u. Verlag von Viebig & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 19 305 Leipzig.

Abdruck nur mit deutscher Genehmigung („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unrechtmäßig Schriftdruck werden nicht aufbewahrt.

F. Hermann Beeg
Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher 19351 und 20461
Feuerverzinkerei.

Weinrestaurant ☉ Kaffee
CENTRAL-THEATER
:: Künstler-Konzert ::

Haka-Expometer
neuester Belichtungsmesser
" wesentlich verbessert. "
Preis: Mark 7,50 mit Ersatzpapier.
Photo-Handlung :: = 25.
Carl Plaul, Dresden, Wallstraße 25.

Das neue Friedensdokument übergeben.

Die Aushändigung der Antwortnote.

Verailles, 16. Juni. Die Antwortnote der Entente ist Graf Brodhorff-Rauhau um 1/7 Uhr abends übergeben worden.

Ueber die letzten Vorbereitungen zur Uebergabe des neuen Vertragsentwurfs gibt folgende Meldung Kunde: Versailles, 16. Juni. Der „Matin“ berichtet, daß Clemenceau in dem heute stattfindenden Ministerrat im Einklang mit dem Inhalt der Antwort der Alliierten an Deutschland bekanntgegeben wird. Sodann wird die letzte Zusammenkunft des Vizepräsidenten stattfinden. Der Druck des Dokuments kann nicht so schnell beendet sein, daß die Ueberreichung bereits 12 Uhr mittags erfolgen könnte. Oberst Henry wurde telefonisch gebeten, v. Brodhorff-Rauhau mitzuteilen, daß er heute vormittag über die Stunde benachrichtigt werden wird, in der Dutaša sich nach Versailles begeben wird. Der „Matin“ rechnet damit, daß die Ueberreichung an Legationsrat Frhrn. v. Lerchener und Ministerialdirektor Simon zwischen 12 Uhr mittags und 6 Uhr abends erfolgen wird. Der Druck der Denkschrift wird im Laufe des Nachmittags beendet sein, so daß Dutaša der deutschen Delegation eine Anzahl Exemplare überreichen können. Dagegen wird der Druck des revidierten und korrigierten Vertrages selbst in diesem Augenblick noch nicht beendet sein. v. Brodhorff-Rauhau wird somit den Vertragssentwurf um 7. Mai mit den handschriftlichen Korrekturen mit zoter Akte erhalten. Die von der deutschen Delegation verlangten 100 Exemplare des revidierten Vertrages werden am späten Abend übergeben werden. Der „Matin“ erzählt, v. Brodhorff-Rauhau habe das größte Interesse daran, von Versailles nach Weimar abzureisen, sobald er das Dokument in den Händen hat. Da die fünfjährige Frist von dem Augenblicke der Ueberreichung ab läuft, werden die Mitglieder der deutschen Regierung sich alle über ein einziges Exemplar besorgen müssen, oder 24 wertvolle Stunden verlieren, um auf die 100 gedruckten Exemplare zu warten. Jedermann muß zugeben, daß dies eine seltsame Art ist, einen so wichtigen Akt vorzunehmen. „Echo de Paris“ und „Journal“ wollen sogar wissen, daß nur ein einziges revidiertes, handschriftlich korrigiertes Exemplar des neuen Vertrages der deutschen Delegation überreicht werden wird. Die deutsche Delegation werde 200 ursprüngliche Vertragsentwürfe erhalten und gebeten werden, in diesen Entwürfen selbst die Korrekturen vorzunehmen. (1)

Verailles, 16. Juni. Heute vormittag sind die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation Reichsjustizminister Landsberg und Reichspostminister Wiesner, aus Deutschland kommend, in Versailles eingetroffen.

Berlin, 16. Juni. Ein Teil der deutschen Delegation reist sofort nach Ueberreichung der Antwortnote von Versailles nach Weimar und nach Berlin ab, um die Antwort zu überbringen. Graf Rauhau begibt sich nach Weimar. Auf der Reise erfolgt die Ueberreichung der Antwort ins Deutsche. Die Ankunft des Grafen Rauhau in Weimar ist morgen nachmittags zu erwarten. Die Nationalversammlung dürfte alsdann zusammentreten. Eine bestimmte Feststellung ist noch nicht getroffen.

Aus dem Inhalt des „revidierten“ Vertrages.

Paris, 16. Juni. (Havas.) In dem Begleitbrief zu der Note der Alliierten auf die deutschen Gegenentwürfe wird festgestellt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die von der deutschen Delegation über die Friedensbedingungen gemachten Bemerkungen der ernsthaftesten Ermüdung unterworfen haben. Der deutsche Vorschlag protestiere gegen den Friedensvertrag vor allem, weil er in Widerspruch käme mit den Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Der Protest der deutschen Delegation beweise, daß sie die Lage verkenne, in der sich Deutschland heute befinde. Die Delegation scheine der Auffassung zu sein, daß Deutschland nur Opfer zu bringen habe, um Frieden zu erhalten, als ob dieser Frieden einfach der Abschluß eines Kampfes wäre, der um Gewinn von Land und Macht geführt wurde. Daher hielten es die alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig, ihre Antwort mit einer genauen Darlegung des Krieges, wie sie ihn beurteilten, zu beginnen. Dieses Urteil sei zugleich dasjenige der Gesamtheit der zivilisierten Welt.

Paris, 16. Juni. (Reuter.) Die von den Alliierten auf die deutschen Bemerkungen zu den Friedensbedingungen erteilte Antwort ist heute veröffentlicht worden. Sie wird eingeleitet durch einen

Wankelbrief.

In dem gesagt wird: In den Augen der alliierten und assoziierten Mächte war der Krieg das größte Verbrechen gegen die Menschheit, das jemals begangen worden ist. Deutschland hat seinen willfährigen Verbündeten ermutigt, Serbien den Krieg zu erklären. Der Brief zählt dann die deutschen Anträge auf und sagt: Deutschland muß es auf sich nehmen, Wiedergutmachung zu leisten. Der Brief führt weiter an: Die alliierten und assoziierten Mächte haben für die Wiederverwirklichung eines polnischen Staates mit sicherem Zugang zum Meere Vorläufe getroffen. Das Regime betreffend das Saarbecken wird

für 15 Jahre aufrechterhalten. Besonders die Alliierten sind überzeugt davon, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien einer Rückkehr unter deutsche Herrschaft durchaus abgeneigt sind. Der Brief fügt hinzu: Wenn die Deutschen beweisen, daß sie beabsichtigen, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem früheren Zeitpunkt möglich sein, den Völkerbund durch die Zulassung Deutschlands zu vervollständigen. Betreffs der deutschen Beschuldigungen gegen die Blokade heißt es: Die Blokade ist zu jeder Zeit gesetzlich anerkannte Methode der Kriegsführung gewesen. Die Antwort der Alliierten auf die deutschen Bemerkungen lautet dar:

Im deutschen Memorandum sei nichts enthalten, was die Ueberzeugung der Alliierten erschüttere, daß die unmittelbare Ursache des Krieges die wohlüberlegten Entschlüsse der verantwortlichen Personen gewesen ist, die Lösung der europäischen Frage gewaltsam herbeizuführen, wenn nötig durch den Krieg. Die Alliierten halten dafür, daß die Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich verantwortlich dafür sind, eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Es wird Deutschland gestattet werden, sein Heer allmählich zu verringern, als bisher bestimmt worden war. Die deutschen Vorschläge bezüglich der Flotte können nicht in Erwägung gezogen werden. Was die Wiedergutmachung betrifft, so hat Deutschland eine Pauschalsumme (Lump Sum) für die Regelung der Gesamtheit oder eines Teils seiner Verbindlichkeiten angedeutet.

Verailles, 16. Juni. Die Blätter veröffentlichen heute nochmals eine kurze Inhaltsangabe der Antwort der Alliierten, sowie Auszüge aus den deutschen Gegenentwürfen. „Le Journal“ stellt dem ursprünglichen Vertragsentwurf der Alliierten den deutschen Gegenentwurf und dem endgültigen, heute zu überreichenden Vertragsentwurf gegenüber. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich laut „Journal“: Die Volksabstimmung in Südschweden ist entsprechend dem Wunsch der Dänen aufgehoben worden, dagegen werden die Beschlüsse für Dänemark (Vollabstimmung im Bezirk Altona), für Bestreuen (teilweise Abtretung), für Danzig und Memel (internationalisierte Zonen) beibehalten. Die deutschen Vorschläge betreffend Elsaß-Lothringen und die belgischen Bezirke werden abgelehnt. Das ursprüngliche Projekt über die deutschen Kolonien bleibt unverändert. Das Projekt der Alliierten, demzufolge Deutschland auf alle Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands verzichten solle und aller öffentlicher und privater Besitz völlig liquidiert werden soll, Deutschland im voraus alle künftigen Maßnahmen der Alliierten annehmen, seine Handelsmarine und seine Fischereiflotte und Fischgründe ausliefern soll und demzufolge Ober- und Elbe internationalisiert, die Telegraphenlinie konfiszieren werden sollen, ist beibehalten, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde eine Revision dieser Abmachungen bedingen würde. Die frühere Fassung über Wiedergutmachung und finanzielle Fragen ist beibehalten worden, jedoch wird Deutschland vier Monate Zeit haben, um feste finanzielle Vorschläge zu machen, über die diskutiert werden wird. Die Bedingungen der Entschädigungsmassnahmen bleiben unverändert. In einer Zusammenfassung erklärt das „Journal“: Abgelesen von Zugeständnissen in Oberösterreich, ist das territoriale Statut beibehalten worden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln stehen vor sehr bald erfolgenden gänzlichen Veränderungen. Die Eventualität der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde bedroht den Vertrag mit völliger Ummöglung.

Verailles, 16. Juni. „Chicago Tribune“ berichtet, daß Marschal Foch kurz nach seinem Eintreffen in interalliierten Hauptquartier in Luxemburg von Clemenceau nach Paris zurückgerufen wurde, um dort Nachricht abzuwarten, ob Deutschland unterzeichnet oder nicht. Wilson wird heute nach Paris verlassen, um Brüssel, Gern und Gwien zu beichtigen. Er wird am Freitag wieder in Paris sein.

Sonderfriedensverhandlungen der Entente mit Sachsen?

Der Abgeordnete der Deutschen Nationalen Volkspartei Lehning hat mit Unterstützung anderer Mitglieder seiner Fraktion in der Sächsischen Volkskammer am gestrigen Montag folgende Interpellation eingebracht:

1. Ist der Regierung bekannt, a) daß die Entente im Falle der Weigerung der Reichsregierung, die Friedensbedingungen anzunehmen, u. a. die Mainlinie militärisch besetzen und dadurch die sächsischen Staaten vom übrigen Deutschland abtrennen will? ... b) Daß bereits jetzt Verhandlungen im Gange sind, um mit den abzutrennenden Staaten und auch mit dem Freistaat Sachsen Sonderfrieden zu schließen?
2. Ist es richtig, daß Herr Staatsminister Schwarz solche Verhandlungen, den Freistaat Sachsen betreffend, bereits geführt hat?
3. Ist die Regierung bereit, an erklären, daß, wenn solche Vertragsangebote an sie herantreten, sie diese von vornherein ablehnen wird?

Die Landwirtschaft.

Von einer Bissell-Krise ist schon vor Wochen die Rede gewesen. Damals ist Dernburg, der neue Finanzminister, dessen freitbares Naturell ja bekannt ist, als Gegner des Reichswirtschaftsministers genannt worden. Wie üblich, trat die offiziöse Dementiermaschine in Tätigkeit, und Bissell war wieder einmal gerettet. Sogleich ging er zum Angriff über, denn kurz darauf wurde eine Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums veröffentlicht, in der in ungemein scharfer Weise die Systemlosigkeit der Regierungspolitik kritisiert wurde. Bissell oder vielmehr sein Unterstaatssekretär v. Röllendorff, die neue Größe unserer Volkswirtschaft, beklagte sich bitterlich darüber, daß der Minister des Auswärtigen, der Arbeitsminister, der Schatzminister und der Ernährungsminister sich Grenzverletzungen auschulden kommen ließen und dem Wirtschaftsministerium das Konzept verdüben. Hinzukomme, daß auch die Waffentilgungskommission als wirtschaftspolitische Faktor aufträte und das Reichsschatzamt in ein Finanzministerium und Schatzministerium geteilt worden sei. Das wären allein sechs Kollegen, die dem Wirtschaftsminister ins Handwerk pfuschen wollten. So könne es nicht weiter gehen, wurde gesagt; unter diesen Umständen sei eine einheitliche Wirtschaftspolitik ausgeschlossen. Begegnenderweise konnten sich Bissell und v. Röllendorff vor Erkenntnis nicht verschließen, daß gerade durch das parlamentarische System die ererbte Einseitigkeit erkämpft und die inneren Widerstände verdrängt würden — eine Klage, die wir bisher nur aus Frankreich und aus den Vereinigten Staaten (von einem gewissen Professor Wilson, der dann Präsident wurde) vernommen haben. Recht merkwürdig ist auch die Feststellung, daß dem demokratischen Prinzip zuliebe der Sozialismus schwer geübt habe. Man sieht demnach im Reichswirtschaftsministerium ein, daß Sozialismus und Demokratie keineswegs identische Begriffe sind, daß sie wohl in der Theorie nahe beieinander wohnen können, in der Welt der harten Wirklichkeiten aber sich scharf zuwiderlaufen. Damit ist an den wunden Punkt des sozialdemokratischen Programms überhaupt gerührt worden.

Was will nun Bissell, was will sein Unterstaatssekretär? Sie wollen „Gemeinwirtschaft“ und verstehen darunter, wie es in der Denkschrift heißt, „die zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft“. Eine Wiederherstellung der alten Wirtschaftsformen sei nicht mehr möglich, wir müßten völlig von vorn anfangen. Die bisherige Wirtschaft vereinige und von ihm zusammengebrachte Wirtschaft müsse durch „innere Konsistenz“ erleben, was ihr an äußeren Schutzmitteln verloren ging, und zwar in der Weise, daß die berufliche Zusammengehörigkeit härter betont werde als die örtliche, daß sachliche Wirtschaftsgruppen gebildet würden, die ihre Spitze in einem Reichswirtschaftsrat finden sollten. Einen Riederschlag haben diese Pläne in dem berühmten Märtaartikel des Verfassungsentwurfs gefunden, der jetzt mit gewissen Änderungen vom Verfassungsausschuß angenommen wurde. Danach sollen Betriebs- und Bezirksarbeiterräte gebildet werden, die sich zu einem Reichsarbeiterrat aufbauen. Mit den Vertretungen der Unternehmer treten die Bezirksarbeiterräte in Bezirkswirtschaftsräten und der Reichsarbeiterrat in Reichswirtschaftsräten zusammen, der einen erheblichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ausüben soll. So die Theorie, was daraus in der Praxis wird, zeigen die Ausführungsbestimmungen, die zum Kohlenwirtschaftsgesetz erlassen worden sind. Hier ist ein Reichskohlenrat vorgesehen, das „Parlament der Beteiligten“, wie man sagt, ferner ein Reichskohlenverband, der, als zwangsmäßiger Zusammenschluß der Syndikate, den ausführenden Arm des Kohlenrats darstellen soll. Damit noch nicht genug, haben auch Bevollmächtigte des Reiches in diesen Organisationen etwas zu sagen; ferner werden für die Verbraucher besondere Brennstoffämter eingerichtet, und ist auch noch ein Reichsgastloksyndikat in Aussicht genommen. Es würde zu weit führen, wollten wir auch noch schildern, wie die Gemeinden Einfluß auf diese kunstvolle Organisation ausüben sollen, wie Berufungswegen gegen alle möglichen Beschlüsse geöffnet worden sind und bei alledem nicht nur das Prinzip der Selbstverwaltung gewahrt, sondern auch dem Handel sein Recht belassen werden soll. Es sind so viele Inzianzen eingerichtet, an denen alle die Arbeiter beteiligt sind, daß man die Befürchtung nicht unterdrücken kann, ob ihnen ihre „parlamentarische“ Tätigkeit im Kohlenrat, ihre exekutive im Kohlenverband, ihre mitbestimmende in den Brennstoffämtern, ihre möglicherweise protestierende in den Gewerkschaften überhaupt noch Zeit lassen wird, Kohlen zu fördern. Gerade diese Tätigkeit scheint uns aber doch nicht ganz unwesentlich zu sein. Dabei bellagt sich Bissell darüber, daß schon das parlamentarische System im Reich die inneren Widerstände vergrößert, und nun soll auch noch in der Industrie nach diesem System gearbeitet werden? Das